

Gysi und Pau müssen Farbe bekennen

DIG-Präsident Reinhold Robbe kritisiert Entschließungsantrag der Linken

Berlin. Aus Anlass der Beratung eines Entschließungs-Antrages der Fraktion der Linken im Deutschen Bundestag zweifelt der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Reinhold Robbe, an der Glaubwürdigkeit der Linken-Führung.

In diesem Entschließungsantrag fordern die Linken die Freilassung der palästinensischen politischen Gefangenen in Israel. Nach Darstellung der Linken belaufe sich die Zahl der palästinensischen Gefangenen angeblich auf 6.180, „unter ihnen auch politische“, die in israelischen Gefängnissen einsitzen würden. Begründet werde der Antrag mit dem Hinweis auf die von CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne verabschiedete Forderung auf Freilassung des von der Terrororganisation Hamas verschleppten israelischen Soldaten Gilad Shalit.

Wie Robbe erklärte, sei es vollkommen inakzeptabel, die aufgrund zum Teil schlimmster terroristischer Verbrechen von ordentlichen Gerichten verurteilten palästinensischen Terroristen mit dem von der Hamas gekidnappten israelischen Soldaten Gilad Shalit zu vergleichen.

Robbe hatte Gelegenheit, vor wenigen Tagen gemeinsam mit dem Bundespräsidenten Christian Wulff die Eltern von Gilad Shalit in Jerusalem zu treffen, um ihnen Trost, Beistand und die Zusage der politischen Unterstützung zuzusichern.

Die Linken, so Robbe weiter, würden ganz offensichtlich versuchen, die palästinensischen verantwortlichen Verbrecher für Selbstmordattentate und Terror zu verharmlosen und moralisch auf eine Stufe mit dem vor einigen Jahren entführten Soldaten zu stellen.

Das erinnere ihn - so der DIG-Präsident - in fataler Weise an vergangene Zeiten in der ehemaligen DDR, in denen palästinensische Terroristen massiv von dem DDR-Regime unterstützt worden seien, wie man heute zuverlässig wisse. Offensichtlich würden sich gewisse Protagonisten der Linken diesem SED-Dogma nach wie vor verpflichtet fühlen. Insbesondere Gregor Gysi und Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau würden immer wieder den Eindruck erwecken, durchaus solidarisch an der Seite Israels zu stehen. Leider werde die Glaubwürdigkeit dieser Führungspersönlichkeiten durch den jüngsten Antrag nicht gerade begünstigt, betonte der DIG-Präsident. Robbe wörtlich: "Gregor Gysi und Petra Pau sollten deutlicher Farbe bekennen und klarstellen, dass sie den Hamas-Terror kompromisslos ablehnen und Israels Existenzrecht ohne wenn und aber respektieren!"

Mit Bedauern wurde von Robbe in diesem Zusammenhang das Abstimmungsverhalten der Fraktionen von SPD und Grüne zur Kenntnis genommen. Beide Fraktionen hätten sich bei der Abstimmung über den Linken-Antrag bedauerlicherweise der Stimme enthalten. Einen derartigen bewusst irreführenden und äußerst missverständlichen Antrag könne man aber nur klar ablehnen, erklärte Robbe. Alles andere sei – zumindest aus seiner Sicht – etwas halbherzig.

3. Dezember 2010